

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 14.- M., vierteljährlich 42.- M., durch die Post bei täglich zweimaligen Versand monatlich 12.50 M., vierteljährlich 37.50 M.
Die einpolige 37 mm breite Seite 4.- M. Bei Familienangehörigen, Anzeigen unter Stellen u. Wohnungsmarkt, literarische Anz. u. Verhütung 25 %. Bezugsgebühren laut Tarif. Unverzügliche Zahlung gegen Vorauszahlung. Einzelnummer 70 Pf.

Schreibführung und Anzeigenverwaltung: Marienstraße 33/40.
Druck u. Verlag von E. J. Neumann in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Borbereitungen zur Ruhrbesetzung?

Enthüllungen eines französischen Kommunistenblattes.

(Kleiner Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“)
Paris, 18. Jan. Die „Internationale“ erklärt, daß der Arbeitsminister Le Trocquer in Gemeinschaft mit Poincaré die Besetzung des Ruhrgebietes bereits vorbereitet. Das sozialistische Blatt glaubt diese Vorbereitungen in einem Auftrage an das französische Eisenbahnpersonal feststellen zu können, in dem gesagt wird, daß diejenigen Beamten und Arbeiter, die in die 50. Abteilung der Reichsbahn einziehen wollen, über die Gehälter und Löhne bis zum 16. Januar d. J. Auskunft erhalten könnten. Diese 50. Abteilung der Reichsbahn operiert in den Rheinländern. Die Vorarbeiten, die sich irgendeine Verletzung zu schulden kommen lassen und denen Entlassung droht, dieser entgegen können, wenn sie sich zu einem Engagement in den Rheinländern verpflichten. Es sollen zunächst Eisenbahner in großer Zahl in das Rheinland geschickt werden, um, wenn nötig, hier einen Streik der deutschen Eisenbahner zu brechen und sodann die Truppenbesetzung nach dem Ruhrgebiet in die Wege zu leiten.

31 Goldmillionen am 18. Januar gezahlt.

Paris, 16. Jan. Die Reparationskommission hat heute die Reparationskommission amtlich davon verständigt, daß der Gesamtwert von 31 Millionen Goldmark in fremden Devisen bezahlt worden sei. (23. T. B.)

Was wir alles bezahlen sollen.

Statt Abbitdung immer neue Forderungen!
Berlin, 18. Jan. Durch Reichstag des Reichskammergerichtes war die deutsche Regierung verpflichtet, die Kosten der Unterbringung der Amerikaner Überwachungskommissionen in Deutschland zu tragen und außerdem gewisse Zulagen an den Gehältern zu zahlen, während die eigentlichen Gehälter und Wohnungen der Kommissionsmitglieder bisher von deren Heimstaaten bezahlt wurden. Der „Post“ zufolge ist nun dieser Frage eine weitere Entscheidung des Reichskammergerichtes getroffen worden, die auch noch die Teilnahme der Kosten für die Gehälter der Kommissionsmitglieder in Deutschland aufzuerlegen, und zwar rückwirkend (!) auf die gesamte Zeit der Tätigkeit der einzelnen Mitglieder. Nach dem augenblicklichen Stand der deutschen Finanzen würde dies für die etwa 1200 Kommissionsmitglieder die runde Summe von 3/4 Milliarden Papiermark ausmachen.

Nach der Auffassung des Reichskammergerichtes ist der Reichskammergericht den Deutschen lediglich für Unterbringung im Hotel Adlon jährlich 355 000 M. Dazu kommt keine Zulage, die neuerdings auf 370 000 M. anstiege ab September 1921, unter Vorbehalt feststeht. Bisher betrug diese Zulage 22 000 M. Rechnet man noch die Dienstleistungen und sonstigen Ausgaben für den General hinzu, so dürfte für ihn allein schon die bisher von Deutschland aufzubringende Summe mit 1 1/2 Millionen Mark im Jahre kaum zu hoch gegriffen sein. In der Frage der Nachschußzahlungen scheiden an zahlreicher deutscher Seite jetzt noch Erwägungen, ob die Forderungen des Reichskammergerichtes juristisch berechtigt ist.

Die Beralungen im Auswärtigen Ausschuss.

(Kleiner Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“)
Berlin, 18. Jan. In der heutigen Sitzung vertraulichen Sitzung des Auswärtigen Ausschusses ergriff, nachdem Dr. Rathenau über seine Vorgesprächen in London, Paris und Genua berichtet hatte, auch Dr. Helfferich das Wort und richtete schwere Angriffe gegen die Regierung. Während der Beratungen des Ausschusses erschienen im Reichstage auch der französische sozialistische Abgeordnete Renaudel, der sich mit einigen sozialistischen Abgeordneten, namentlich mit dem Unabhängigen Dr. Breitscheid, längere Zeit unterhielt. Am Verlaufe der Debatte ergriff auch der Reichskammergericht das Wort zu längeren Ausführungen über die außenpolitische Lage.

In der Nachmittags-Sitzung ergriff zunächst Abg. Stinnes (D. Vp.) das Wort, auf dessen Ausführungen Dr. Rathenau in längerer Rede antwortete. Reichskammergericht Dr. Wirth war anwesend, ohne jedoch in die Debatte einzugreifen. Ferner äußerten sich zur Sache noch die Abg. Wolheim (D. Vp.), Dr. Heim (N. Vp.) und nochmals Dr. Helfferich, denen Dr. Rathenau wiederum entgegnete. Die Verhandlungen sollen bei Gelegenheit der Erörterungen über die bevorstehende Konferenz von Genua demnächst fortgesetzt werden.

Italiens Annäherung an Deutschland?

Rom, 18. Jan. Der frühere Botschafter in Rom von Beerenberg-Göhler erklärte einem Korrespondenten der „Post“ u. a.: Das italienische Volk sei durchaus für die Annäherung an Deutschland. In Italien werde die Politik von unten nach oben gemacht. Die Verschönerung Deutschlands, der keine Anerkennung in Rom, selbst wenn sie nicht aus dem gleichen Standpunkt einnahme, entgegenarbeiten könnte, sei so wichtig, daß Südtirol keine Gefahr vor einer Abkehr, es zu internationalisieren, zu haben brauche.

Der Verkauf des deutschen Eigentums in Italien.

Rom, 18. Jan. Die Agenzia Stefani teilt mit, daß die Veräußerung des Eigentums über den Verkauf des deutschen Eigentums in Italien bewirkt. Der Verkauf könne danach durch öffentliche Versteigerung oder im Privatversteigerung erfolgen, letzteres nur in Ausnahmefällen mit Erlaubnis des Handelsministers.

Frankreichs Widerstand gegen Lloyd Georges Europapläne.

Paris, 18. Jan. Ministerpräsident Poincaré hat die üblichen Antrittsdepechen an die alliierten Regierungen geschickt. In der Depeche an Lloyd George sprach er unter Erinnerung an die gemeinsamen Schlachtfelder die Hoffnung aus, daß alle Kräfte der Erfüllung des europäischen Friedens der Vertragserfüllung und der Reparationen im freundschaftlichen Geiste und gemeinsamen Einvernehmen gerecht würden. Lloyd Georges Antwort enthält einen Hinweis auf das Briand in Genua überreichte englische Memorandum, das die britischen Ansichten klar umschreibt. Die Antwort Lloyd Georges schließt mit der Hoffnung, daß die unerledigten Probleme wieder in unverändertem Geiste der Kameradschaft gelöst werden können. Der Telegrammwechsel mit dem italienischen Ministerpräsidenten Bonomi spricht davon, daß die beiden Völker im Frieden ebenso verbunden bleiben sollen, wie im Kriege.

Paris, 16. Jan. „Journal des Debats“ schreibt zu dem Telegrammwechsel zwischen Poincaré und Lloyd George: Lloyd George kommt im letzten Satz auf den Grundgedanken des englischen Memorandums vom 4. Januar zu sprechen, wenn er von der höchsten Aufgabe spreche, nämlich davon, die Völker Europas zu einer Einigung durch einen direkten und dauerhaften Frieden zu veranlassen. Das sei einer der Punkte, in dem die Auffassung der beiden Kabinette auseinandergingen. Nach Ansicht der Franzosen sei die von Lloyd George bezogene Aufgabe nach Maßgabe des Möglichen bereits gelöst. (1) Nach ihren habe der Versailler Vertrag einen gerechten Frieden besiegelt. (2) Um diesen dauerhaft zu gestalten, müßten die Nationen, denen der Vertrag Verpflichtungen auferlegt, überlassen werden, bis sie sie erfüllt hätten. Das Blatt kann sich kein Bild machen von einer europäischen Union, innerhalb deren die Schuldverhältnisse sich in die Verwaltung Europas mit gleichen Vollmachten teilen dürften, wie ihre Gläubiger. Eine solche Lage sei in seiner bürgerlichen oder bürgerlich-republikanischen Welt nicht denkbar. Die Mitglieder einer Gesellschaft müßten, wenn diese harmonisch arbeiten wolle, die gleichen Tendenzen haben, sich von den gleichen abstrakten Ideen leiten lassen und gemeinsame Zwecke verfolgen. Gegenwärtig hätten aber die europäischen Nationen, von Amerika nicht zu reden, weder dieselben Tendenzen, noch dieselben allgemeinen Ideen, noch gemeinsame Ziele. Sollte unter diesen Umständen, fragt das Blatt, die Union herbeigeführt werden, von der Lloyd George träumt? Soweit die Umstände es erlaubten, entspreche dem Gedanken der Union der Völkerverbund, wie er im ersten Kapitel des Versailler Vertrages organisiert sei. Es bliebe nur übrig, den Gedanken und die Organisation zu entwickeln. Lloyd George, der sich doch auf der Friedenskonferenz zum tätigen Vorkämpfer des Wilsonschen Bundes aufgeworfen habe, wolle ihn wegen einer neuen Gesellschaft mit anderen, wenn nicht entgegengesetzten Tendenzen verlassen. (23. T. B.)

Die Verhandlungen über den englisch-französischen Vertrag.

London, 18. Jan. Einer Reuters-Nachricht zufolge haben Lloyd George und Lord Curzon vor dem britischen Kabinett Erklärungen über die Verhandlungen in Genua und über die Unterredungen mit dem neuen französischen Ministerpräsidenten Poincaré gegeben. Es werde augenblicklich über die möglichen Grundlagen des englisch-französischen Vertrages beraten. Unüberwindliche Hindernisse seien nicht vorhanden. (23. T. B.)

Die neue Partei Lloyd Georges.

London, 18. Jan. „Pall Mall and Globe“ schreibt, daß man der Rede, die Lloyd George auf der Konferenz der Koalitionsparteien am nächsten Sonntag halten werde, mit großem Interesse entgegenzusehen. Es werde für sich gehalten, daß sich der Augenblick der Union der beiden Klänge der Koalition nähere. Es sei jedoch vorläufig noch zweifelhaft, ob der Premierminister so weit gehen werde, wie seine Anhänger glauben. Für die neue Partei seien verschiedene Namen vorgeschlagen worden. Am meisten habe Anklang die Bezeichnung gefunden: National-konstitutionelle Partei. (23. T. B.)

Ein französisch-italienisches Sonderabkommen?

Paris, 18. Jan. Nach dem „Antranikoni“ berichtet der Pariser Korrespondent der „Gazetta del Popolo“, Briand habe in Genua Bonomi ein französisch-italienisches Sonderabkommen angeboten und Poincaré habe beschlossen, die Initiative Briands weiter zu verfolgen. In diesem Abkommen verprechen sich beide Völker gegenseitig Unterstützung im Falle eines Angriffes ihrer Gegner. (23. T. B.)

Kraffin über den Uninn des Versailler Vertrages.

London, 16. Jan. Kraffin erklärte in einer Unterredung mit dem politischen Redakteur des „Manchester Guardian“, es sei unmöglich, der zunehmenden Verheerung Europas und dem Niedergange der Völker ein Ende zu bereiten, solange die herrschenden Mächte sich nur von ihren eigenen Tagesinteressen leiten lassen. Der Versailler Vertrag müsse abgeändert werden, nicht nur im eigenen Interesse der Sieger, sondern auch der Besiegten. Der Vernichtung des Wirtschaftlebens Deutschlands und der Fortführung seiner Erzeugnisse mittels bespielter Entschädigungen und Inflation der vom Standpunkt der Produktion sinnlosen Verrechnung Deutschlands müsse ein Ende gemacht werden. Kraffin fügte hinzu, ohne die Wiederherstellung Rußlands habe es keinen Weg, aus der europäischen Krise herauszukommen. (23. T. B.)

Das unerreichte und unerreichbare Ziel des Kanzlers.

Der Kanzler hat im ersten Teile seiner Rede auf dem Zentrumsparteitag die Behauptung aufgestellt, daß die deutsche Regierung das Ziel ihrer Erfüllung- und Erfüllungspolitik nunmehr erreicht habe. Die Welt habe seit dem 8. Mai 1921 wieder wirtschaftlich denken gelernt, habe einen Begriff davon erhalten, was Goldmilliarden wirtschaftlich bedeuten, sie habe eingesehen, daß die Wirtschaft unseres Erdalles die Verhandlung der Menschen untereinander voraussetze. Und das alles sei geschehen dadurch, daß wir „den Leidensweg von London nach Genua“ gingen. Man darf diese Auffassung, die auf dem ersten Bild so viel Besprechendes an sich hat, nicht unüberdacht lassen, da sie die „Erfolge“ der beiden Kabinette Briand mit ganz unverdientem Stillschweigen umgibt, und zum andern ein ganz falsches Bild von den Tatsachen erweckt, aus dem der Leichtsinne grenzende Optimismus eines Teiles unseres Volkes unbedachtlamermaßen Nahrung schöpfen könnte. Der Kanzler hat es bedauerlicherweise vermieden, seine Meinung mit Beweismaterial zu begründen, und es dem Charakter anderer überlassen, die nötigen Unterlagen in der ferneren und näheren Vergangenheit auszuspähen. Aber so weit man auch auf das vergangene Jahr der bedingungslosen und bedingten Erfüllungspolitik zurückblickt, so sehr man sich bemüht, in die jeweilige Zielsetzung seines Kabinetts zu den Ereignissen einzubringen, so läßt sich kein Fortschritt finden, das zu einer optimistischen Einschätzung der Wirklichkeit der Wirtschaftspolitik Anlaß gäbe. Die schweren Schäden der Sanftmütigkeit, der Verlust Oberirdischen, die Anhebung der Einwohnerzahl des Saargebietes, der fortschreitende Ruin des deutschen Wirtschaftslebens lauchen in der Erinnerung wieder auf und lassen vergeblich danach fragen, ob sich in diesen Geschicknissen das fruchtbarerehalten deutscher Politik ausdrückt. Oder waren vielleicht die abgebrochene Konferenz von Genua und das Reparationsinterim die Reagenzien, die dem Kanzler das Wort von der Erreichung seines Zieles in den Mund lezten? Kämdete sich in ihnen vielleicht die Tatsache, daß die gesamte Welt die Frage nicht mehr nur politisch, sondern auch wirtschaftlich zu beurteilen gelernt habe? Die Verhandlungen des Obersten Rates in Genua, solange er vor Briands Abreise noch vollständig war, trugen ausschließlich politischen Charakter und befaßten sich, wie erinnerlich, mit der Vorbereitung für den englisch-französischen Garantievertrag. Und als dann in zwölfter Stunde die Konferenz mit der rheinisch vorzüglich aufsehenden Rede des ehemaligen deutschen Wiederaufbauamministers einen wirtschaftlichen Charakter zu erhalten schien, zog sie auseinander; eine notwendige Zwischenlösung in der hart drängenden Reparations-Angelegenheit wurde verhandelt, die die Milliardennoten in vorläufig bedauerlicher Weise auf zahlende Millionenentlohnungen umwandelte, und der Beweis für den wirtschaftspolitischen reifen Sinn der Welt, den der Kanzler trotzdem tragend zu führen zu können vermeint, unterließ.

Dieser also können schließlich die Quellen zu finden sein, deren Nektar in Briands Rede vor dem Zentrumsparteitag einfließt. Man muß sich schon ein wenig von der harten Wirklichkeit in die Gebiete wissenschaftlicher Abstraktionen entfernen, um zu begreifen, was der Mathematiker auf dem Kanzlerstuhl unter „Welt“ verstanden wissen will. Bei früherer Gelegenheit hat er bereits einmal aus den Veröffentlichungen von Wirtschafts- und Reparations-Theoretikern des feindlichen Auslandes den Schluß ziehen zu können gemeint, die Einkünfte der Entente, in der Welt, in die wirtschaftlichen Notwendigkeiten, in die wirtschaftlichen Zusammenhänge der Erdteile und Länder untereinander sei auf dem Marische und bereit zu Deutschlands und der anderen verarmtesten Staaten Gunsten eine Revision der Verträge vor. Das gerade in diesen Tagen die bekanntesten, wie aber gleich hervorzuheben werden soll, politische völlig unmaßgeblichen Reparationschriftsteller in Ententezügen mit neuerlichen Veröffentlichungen hervortreten sind, legt es nahe, daran zu glauben, daß Dr. Wirth vornehmlich im Inhalt dieser Schriften die Beweise für eine Geisteshaltung der Welt vom Politischen zum Wirtschaftlichen sieht. Allerdings entwickeln die beiden früheren Professoren der Nationalökonomie John Maynard Keynes und der Italiener Nitti in ihren aufsehenerregenden Büchern über „Eine Revision des Versailler Vertrages“ und „Europa ohne Frieden“ geradezu vernichtende Urteile gegen den Uninn der Deutschland auferlegten Forderungen und weisen Wege, die ihnen zur Besserung der verfahrenen Weltwirtschaft zu führen scheinen. Die Ausführungen des Italieners stützen sich in der bezeichnenden Zusammenfassung: „Selbst der beschränkte Verstand muß einsehen, daß die Verträge un-durchführbar sind. Sie sind schädlich für die Besiegten, weil sie jede Tätigkeit zum Stillstand bringen und lähmen, und sie sind zu gleicher Zeit eine Gefahr für die Sieger, weil der Niedergang Europas eine notwendige Ercheinung ist, nachdem die wirtschaftliche Einheit zerbrochen.“ Nitti hält 60 Milliarden Goldmarken, von denen 20 als bezahlt an-zusehen, 20 in Kosten abzurufen und 20 durch Hebernahme der Verbandsschulden an Amerika zu tilgen sind, für die höchste und schwerste Bürde, die Deutschland tragen könne. Keynes geht noch weiter. Er berechnet die dem deutschen Volke billigerweise anzurechnenden Kosten auf 21 Milliarden Goldmark, die in 30 Jahren mit 6 Prozent Zinsen bezahlt und amortisiert werden müßten.

Aber Nitti und Keynes, so beachtenswert und richtig die ihren Urteilen zugrunde liegenden Gedanken auch sein mögen, sind doch nur einzelne Männer, die, wie erwähnt